

Liebe Europäerinnen, liebe Europäer!

Das neue Jahr ist bereits in vollem Gange und auch die reformierte Europäische Union unter neuer Führung und Präsidentschaft tatkräftig am Werke. Der neue Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, hat sein Amt angetreten und Spanien turnusmäßig die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Die Aufgaben, die in die spanische Ratspräsidentschaft fallen, sind die Ernennung der neuen Kommission unter Barroso, der diese zum 2. mal anführen wird. Auch gilt es, die Neuerungen des Vertrages von Lissabon umzusetzen. Ein Beispiel ist die Einführung der Europäischen Bürgerinitiative, der ich mich nachfolgend ausführlicher widme. Die weltweite Wirtschaftskrise zu überwinden, bleibt weiterhin von zentraler Bedeutung. Die transatlantischen Beziehungen zu intensivieren, die Terrorabwehr zu verbessern und eine gemeinsame Reflexion über die Zukunft Europas runden das Programm der spanischen EU-Ratspräsidentschaft ab.



Ende Januar/Anfang Februar breche ich zu einer Reise nach Jordanien und Syrien auf. In Jordanien nehme ich an der Regionalkonferenz der Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) im Nahen Osten teil. Die FES unterhält Büros in vielen arabischen Ländern und in Israel. Der Austausch mit Experten aus der Region ist eine gute Gelegenheit, um über aktuelle Konflikte und kommende Themen zu beraten.

Von Jordanien aus reise ich zu politischen Gesprächen nach Damaskus weiter.

Neben Politikerinnen und Politikern aus Parlament und Regierung spreche ich mit Wirtschaftsvertreter/innen und Politikberater/innen über die Entwicklung in Syrien, den stockenden Friedensprozess mit Israel, den syrischen Einfluss auf die Lage im Libanon und natürlich auch über Menschenrechte. Über meine Eindrücke und Erfahrungen informiere ich Sie gerne im nächsten Newsletter.

Viel Spaß bei der Lektüre!
Herzlich

Diesen Monat

Editorial: Ausblick 2010 & Dienstreise	S.1
Europäische Bürgerinitiative	S.2
Broschüre „Die EU in Nürnberg“ & Jugend-Medien-Workshop des Bundestags	S.3

Impressum:
Der Newsletter wird herausgegeben von
Günter Gloser, MdB, Platz der Republik 1,
11011 Berlin, Tel: 030/227 711 87

Wahlkreisbüro:
Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg,
Tel: 0911/4389630

E-Mail: guenter.gloser@wk.bundestag.de
Internet: www.guenter-gloser.de

Ausgabe Jan 2010

Termine

- 25. - 28. Jan 10
Sitzungswoche des Bundestags Berlin
- 31. Jan - 05. Feb
Dienstreise nach Jordanien & Syrien
- 08. - 10. Feb 10
Sitzungswoche des Bundestags Berlin



Logo der span. EU-Ratspräsidentschaft

- 17. Feb 10
Politischer Aschermittwoch Nürnberg-Schniegling
- 17. Feb 10
Laudatio Verleihung Goldener Hering an Dagmar Wöhrl
- 20. Feb 10
Ev. Landessynode Nürnberg
- 22. - 25. Feb 10
Sitzungswoche des Bundestags Berlin
- 25. Feb 10
Diskussion m. Schülern (Willstätter-Gymnasium), Berlin
- 27. Feb 10
Rede Europa Union Schwaben, Kaufbeuren

Die Europäische Bürgerinitiative: Neue Chance, die es zu nutzen gilt!

Am 1. Dezember vergangenen Jahres ist der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten. Dieses völkerrechtlich bindende Vertragswerk zwischen den 27 EU-Mitgliedstaaten enthält eine Reihe von viel beachteten Neuerungen. Eine davon ist weniger bekannt, aber durchaus beachtlich: Eingeführt wurde die „Europäische Bürgerinitiative“

„Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, deren Anzahl mindestens eine Million betragen und bei denen es sich um Staatsangehörige einer erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten handeln muss, können die Initiative ergreifen und die Europäische Kommission auffordern, im Rahmen ihrer Befugnisse geeignete Vorschläge zu Themen zu unterbreiten, zu denen es nach Ansicht jener Bürgerinnen und Bürger eines Rechtsaktes der Union bedarf, um die Verträge umzusetzen.“

So steht es in Artikel 11 Absatz 4 des Vertrages über die Europäische Union geschrieben. Dies ist ein Novum in Europa: Die europäischen Bürge-

rinnen und Bürger erhalten damit das Recht, die Kommission unmittelbar aufzufordern, neue politische Initiativen zu ergreifen und können sich so mehr Gehör und Nachdruck verschaffen.

Hierin liegt eine große Chance: Mit dem neuen Instrument kann die öffentliche Debatte über europapolitische Themen mit Leben gefüllt werden, sich eine echte europäische Öffentlichkeit herausbilden und damit letztendlich der europäischen Demokratie eine neue Dimension verliehen werden. Für die Entwicklung einer europäischen Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit und damit für mehr Demokratie auf EU-Ebene gibt die Europäische Bürgerinitiative damit wertvolle Impulse.

Im Moment wird die Ausgestaltung dieses Rechts debattiert. Die Kommission hat dazu ein Grünbuch vorgelegt, in dem 10 Fragen aufgeworfen werden, zu denen bis Ende Januar Stellung bezogen werden kann. Verbände wie zum Beispiel der Verein „Mehr Demokratie e. V.“ machen von dieser Möglichkeit Gebrauch und haben ihrerseits Vorschläge und Änderungswünsche kund gegeben.



Neben den konkreten Bedingungen und Verfahren (z. B. eine mögliche Online-Eintragung) geht es beispielsweise um die Festlegung der Mindestzahl der Mitgliedstaaten, aus denen die Bürgerinnen und Bürger kommen müssen. Diskutiert wird momentan beispielsweise darüber, ob der von der Kommission eingebrachte Schwellenwert von einem Drittel aller Mitgliedstaaten (9) möglicherweise zu hoch angesiedelt ist.

Die europäische Öffentlichkeit ist bereits in die konkrete Ausgestaltung des Instruments eingebunden. Die Hoffnung, dass die Umsetzung gelingt und das Instrument künftig nutzbringend eingesetzt werden kann, ist also durchaus berechtigt.

Man darf gespannt auf die Wirkungsweise des neuen Verfahrens in der Praxis sein und mit Neugier auf die Auswirkungen für den europäischen Einigungsprozess blicken. Im Europa-Newsletter werden Sie hierüber selbstverständlich auf dem Laufenden gehalten.

Eine Mindestanzahl von einer Million EU-Bürger/innen aus einer noch genau zu bestimmenden „erheblichen Anzahl“ von EU-Mitgliedsländern wird künftig direkten Einfluss auf die europäische Politik nehmen können. Die direkte Demokratie wird damit ebenso gestärkt wie die Demokratisierung der Europäischen Union. Die Bürger/innen in den Mittelpunkt der Europäischen Union zu stellen ist Ziel des Vorhabens.



Entdecke Europa! Die EU in Nürnberg



Zu zeigen, dass die Europäische Union sich nicht nur im fernen Brüssel abspielt, sondern unmittelbar vor Ort, ist Ansinnen dieser neuen Broschüre. Um zu verdeutlichen, wie sich die Europäische Union konkret auf den Nürnberger Alltag auswirkt, veröffentlicht das EUROPE DIRECT-Informationszentrum Nürnberg, das im Wirtschaftsreferat der Stadt Nürnberg angesiedelt ist, nun die neue Broschüre „Entdecke Europa! Die EU in Nürnberg“.

Auf über 30 Seiten werden die Leser/innen eingeladen, herauszufinden, wo die EU vor Ort „drinsteckt“. Dabei zeigen 13 ausgewählte Beispiele, dass sich europäische Politik auch auf die Stadt Nürnberg, ihre Wirtschaft und die Menschen auswirkt. Nürnbergs Einbettung in die europäischen Verkehrsnetze und die daraus resultierenden positiven Auswirkungen für die Wirtschaft der Region werden ebenso thematisiert, wie konkrete Beispiele für die Verwendung von EU-Geldern in Nürnberg. Darüber hinaus werden Berührungspunkte zwischen EU-Recht und dem Alltag der Bürger/innen in Nürnberg dargelegt.

Die Leiterin des EUROPE DIRECT-Informationszentrums Barbara Sterl betont: „Wir wollen mit dieser Broschüre die EU greifbarer machen und zeigen, dass Europa auch vor Ort erlebbar ist.“

„Entdecke Europa! Die EU in Nürnberg“ ist kostenlos im EUROPE DIRECT-Informationszentrum Nürnberg erhältlich (Tel.: 231 7676). Sie kann auch online unter www.europa.nuernberg.de abgerufen werden und liegt im Foyer des Rathauses am Hauptmarkt 18 aus.

Generation Global – Einheit. Nachhaltigkeit. Krise. Unsere Themen, unsere Perspektiven

GENERATIONGLOBAL

Ein Workshop für junge Medienmacher
zwischen 16 und 20 Jahren vom 14. bis 19.
März 2010 im Deutschen Bundestag

Der Deutsche Bundestag lädt gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Jugendpresse Deutschland bereits zum siebten Mal 40 junge Journalistinnen und Journalisten zu einem Workshop nach Berlin ein.

Eine Woche lang werden die Jugendlichen hinter die Kulissen der Berliner Mediendemokratie blicken. Sie hospitieren in Redaktionen, begleiten Hauptstadtkorrespondenten, diskutieren mit Abgeordneten aller Fraktionen und besuchen Plenarsitzungen im Deutschen Bundestag.

„Generation Global – Einheit. Nachhaltigkeit. Krise.“
Das ist der diesjährige Titel der Veranstaltung. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden sich mit politischen und gesellschaftlichen Ereignissen ihrer Generation auseinandersetzen und die Themen aus ihrer Perspektive hinterfragen.

Bewerben können sich interessierte Jugendliche im Alter zwischen 16 und 20 Jahren mit einem Artikel oder einem Video-/Audiobeitrag zu einem Thema, das auf der Homepage näher erläutert ist.

<http://bundestag.jugendpresse.de>

Bewerbungsschluss ist der 14. Februar 2010.